

«Bei den Kitas läuft etwas falsch»

Vor bald 200 Jahren erkannte die Gesellschaft die Bedeutung der Bildung für alle. In der Folge schuf sie die öffentliche Volksschule; sie ist den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet. Sie ist konfessionell und politisch neutral und hat als oberste Zielsetzung, die ihr anvertrauten Kinder möglichst gut und ganzheitlich zu fördern. Der Besuch der öffentlichen Volksschule ist unentgeltlich. Diese Erziehung bescherte unserem Land eine beispiellose Entwicklung.

Es entspricht wohl dem Zeitgeist von heute, die vorschulische Kinderbetreuung dem Wettbewerb auszusetzen in der Meinung, der «Markt» würde die besten Lösungen generieren. Im Beitrag der NZZ vom 2. März («Bei den Kitas läuft etwas falsch») sind die zahlreichen Fehlentwicklungen dieses Verständnisses in verdankenswerter Vielfalt aufgelistet. Die Antwort kann wohl nur heissen: Die Gesellschaft erkennt die Bedeutung der vorschulischen Kinderbetreuung. Sie schafft ein öffentliches Angebot; dieses ist den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet. Es ist konfessionell und politisch neutral und hat als oberste Zielsetzung, die Kinder möglichst gut und ganzheitlich zu fördern. Das Angebot ist unentgeltlich.

Dieter Liechti-Keller, Bülach

Gymi-Prüfung

Wenn ich den Artikel zur Gymi-Prüfung lese («Nervosität macht leistungsfähig», NZZ 7.3.20), werde sogar ich als pensionierter Gymnasiallehrer nervös! Ich verfolge diese «Vorbereitungen» auf die Gymi-Prüfung im Kanton Zürich mit Interesse. Ich begreife nicht, warum sich das die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern (und Verwandten), die Lehrerinnen und Lehrer und letztlich auch das Erziehungsdepartement jedes Jahr antun. Studieren Sie doch einmal das Übertrittsverfahren des Kantons Luzern. Unsere Resultate zum Erfolg unserer Schülerinnen und Schüler können sich mit jenen des Kantons Zürich durchaus messen.

Peter Inauen, Oberkirch (LU)

Schulische Integration

Yasmine Bourgeois erklärt die schulische Integration als gescheitert und begründet dies mit Verallgemeinerungen, Diffamierungen und Unwahrheiten («Die ganze Aktion ist gescheitert», NZZ 28.2.20). Auch verschweigt sie alle die vielen positiven Effekte von Integration sowohl auf das integrierte Kind

wie auch auf seine «Schulspändli». Ein positives Interview täte not!

Folgend einige Richtigestellungen: Erstens erfolgt die schulische Integration nach eingehender Abklärung. Integriert werden dann nur Kinder, welche vom Klassenunterricht profitieren können. Zweitens werden Lehrerinnen von Kindern mit Sonderschulstatus von heilpädagogischen Fachlehrern unterstützt. Deren Förderplanung setzt dem Schulkind erreichbare Lernziele und legt den Fokus neben dem Lernen auch auf den Aufbau gesunder Selbstkonzepte. Drittens kann eine erfolgreiche Integration langfristig günstiger sein – über das ganze Leben hinweg.

Politiker sollen Lösungskonzepte vertreten – Bourgeois kritisiert bloss. Die schulische Integration ist weiter zu optimieren; sie braucht aber Akzeptanz und kompetente Lehrer. Beides braucht mehr Zeit und eine am Einschluss aller interessierte Gesellschaft.

Unser Sohn, 2011 mit WBS (Williams-Beuren-Syndrom) geboren, profitiert vom Willen von Quartier und Schule, ihn zu integrieren, und wird rundherum geschätzt. Dank den Bemühungen der HPS, der engagierten Arbeit der Lehrer und dem Wissen und Willen der Heilpädagogin kann er eine Regelklasse besuchen und seine Fähigkeiten maximal entfalten. Er hat seinen Platz gefunden, denn in der Sonderschule, wo Kinder teilweise kaum sprechen können, war er fehl am Platz. Schulische Integration kann also funktionieren, wenn Eltern und Lehrpersonen sie engagiert unterstützen. Das Bildungssystem massgeblich mitgestaltende Politiker schaffen Chancen für alle – oder eben nicht!

Lukas Bendel, Zürich

Es ist sehr bedenklich, dass Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen auch heute noch haargenau gleich hart um die Integration ihrer Sprösslinge in Regelklassen kämpfen müssen, wie dies in meinem Fall vor sechzig Jahren auch schon der Fall war. Aufgrund meiner angeborenen Sehbehinderung mit einer damals ärztlich attestierten Sehkraft von zehn Prozent – und dies auch nur mit einem Auge – empfahlen die Schulbehörden der Stadt Zürich, mich in eine Blindenschule mit Internat in Zollikofen (BE) zu stecken. Schliesslich gelang es meinen Eltern, dass ich am Zürichberg und später am Schanzengraben eine Sonderschule besuchen konnte. Das war eine zusammengewürfelte Gemeinschaft von Kindern mit den unterschiedlichsten körperlichen und auch geistigen Beeinträchtigungen und mit Herkunft aus allen Stadtquartieren. Im Hinblick auf eine spätere Berufswahl waren meine Eltern sehr besorgt. Ihr Ziel, dass ich die Sekundarschule besuchen könne, war mit den in den Sonderklassen möglichen Lernfortschritten niemals erreichbar. Schliesslich fand unsere Familie in Zürich Wollishofen einen Lehrer, der sich bereit erklärte, mich auf Zusehen hin ab Ende der Winterferien in seine 4. Klasse aufzunehmen. Im Rechnen und in anderen Fächern war ich mit den Lernzielen arg im Rückstand, das Wort Grammatik war mir völlig fremd. Eine anfänglich in den Prüfungen erst in Einzelfällen erzielbare Note 4 gab jeweils Anlass für ein Familienfest! Dank dem verständnisvollen Primarlehrer und der gezielten Förderung meiner Eltern holte ich in der Folge auf. Den Übertritt an die Sekun-

darschule schaffte ich prüfungsfrei, ich machte sogar bei der Prüfungsvorbereitung der am Gymnasium interessierten Klassenkameraden mit. Schliesslich führte mein weiterer Weg nach der 2. Sekundarschule ans Wirtschaftsgymnasium und an die Uni. Was wäre wohl aus mir geworden, wenn meine Eltern den Empfehlungen der Schulbehörde gefolgt wären und nicht wiederholt beim Schulpräsidenten interveniert hätten?

Kurt Oehler, Illnau

Fehlende Weitsicht im Fall Lauber

Nun liegen also die zahlreichen Verfehlungen des Bundesanwalts in der Verfügung der AB-BA fein säuberlich aufgelistet auf dem Tisch (NZZ 5.3.20). Auch wenn die Verfügung noch nicht rechtskräftig ist, wird auch das höchst wahrscheinlich angerufene Bundesverwaltungsgericht über die darin enthaltenen Tatsachen nicht hinwegsehen können. Der Grossteil dieser Verfehlungen war allerdings bereits allgemein bekannt, als sich die Mehrheit des Parlaments durch die PR-Kampagne Laubers übertölpeln liess und ihn zur Unzeit wiederwählte. Damit hatte die Bundesversammlung gleich selbst den Beweis erbracht, dass sie als Wahlbehörde für das Amt des Bundesanwalts ungeeignet ist. Da sie sich neben dieser Disqualifizierung wohl nicht auch noch wenige Monate danach desavouieren will, hat sie sich praktisch auch den Weg des Amtsenthebungsverfahrens verbaut, obwohl die Voraussetzungen dazu erfüllt wären. So besteht die paradoxe Situation, dass einzig Lauber selbst mit einem Rücktritt dem unhaltbaren Zustand ein Ende bereiten könnte. Doch nach seinem bisherigen, von Überheblichkeit und Unbelehrbarkeit geprägten Verhalten ist das wohl nicht zu erwarten. Auch seine PR-Berater werden ihm kaum dazu raten, da sie sonst ja ihr Mandat verlieren würden. Von der Mehrheit eines Parlaments sollte man eigentlich ein wenig mehr Weitsicht erwarten dürfen.

Jürg Marti, Reinach (BL)

«Auf Französisch gescheitert»

Als langjähriger Abonnent und aufmerksamer Leser kann ich die NZZ nur loben. Es gibt meines Erachtens keine bessere Zeitung – nicht nur im deutschsprachigen Raum sondern weltweit – als die NZZ. Das gilt nicht nur für Weltpolitik, Innenpolitik und Wirtschaft, sondern auch für auf den ersten Blick weniger wichtige Dinge. Ein Beispiel dafür ist der Artikel «Auf Französisch gescheitert» (NZZ 21.2.20) von Daniele Muscionico. Ich habe in meiner Jugend Französisch als erste Fremdsprache gelernt und habe ähnliche Erfahrungen gemacht. Heute – ich bin bald 88-jährig – ist mein Französisch nicht mehr so präsent, aber ein winzig kleiner Fehler im genannten Artikel ist mir doch aufgefallen: Firewall kann doch nicht «par-feu» heissen! Ich würde «pare-feu» sagen.

Werner Schär, Schmerikon

TRIBÜNE

Coronavirus: Vergleiche sind wichtig

Gastkommentar

von MARGIT OSTERLOH und BRUNO S. FREY

In Italien gab es 631 Tote durch das Coronavirus (Stand 11.3.20). Das ist schlimm. Aber im Winter 2016/2017 wurden nicht weniger als 25 000 Grippetote registriert, davon 19 400 im Alter von über 65 Jahren. Warum wurden damals die Landesgrenzen nicht geschlossen? In der Schweiz gibt es bis jetzt 4 Tote durch das Coronavirus (Stand 11.3.20). Im Jahr 2017 gab es 800 bis 1000 der Grippe zugeschriebene Todesfälle. Warum wurden damals Grossveranstaltungen, Konzerte und Gottesdienste nicht abgesagt?

Die Antwort ist, dass wir auf Schockrisiken anders reagieren als auf gewohnte und zeitlich verteilte Risiken. So nehmen wir nicht nur die jährlich Tausende Grippetoten mit erstaunlicher Gelassenheit hin. Wir negieren auch die rund 350 Menschen, die jährlich auf den Strassen Deutschlands sterben, weil Autofahrer auf ihre Handys starren, anstatt auf den Verkehr zu achten. Bei Schockrisiken hingegen werden Ängste mobilisiert, welche mehr Schaden anrichten können als das auslösende Schockereignis. So hat der Risikoforscher Gerd Gigerenzer errechnet, dass in den Wochen nach 9/11 die Amerikaner vom Fliegen auf das Autofahren ausgewichen sind, dadurch aber etwa 1600 mehr Verkehrstote gezählt wurden.

Ähnliches kann uns heute mit der Angst vor dem neuen Coronavirus passieren: Die Menschen steigen vom öV auf Autos um, die Nachfrage nach Mietautos boomt. Es ist möglich, dass es dadurch mehr Verkehrstote als Corona-Opfer geben wird. Die Menschen spenden aus Angst weniger Blut. Die Tafeln für Arme erleben einen Einbruch, weil weniger Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden, die gehortet werden. Wir gehen einer Weltwirtschaftskrise

Wir reagieren auf Schockrisiken ganz anders als auf gewohnte und zeitlich verteilte Risiken. Wir sollten zu einer realistischen Risikoeinschätzung kommen.

entgegen, verursacht durch Unterbrechung der Lieferketten oder den Einbruch des Fremdenverkehrs in Ländern wie Italien, wo der Tourismus 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Das könnte im Vergleich zum relativ geringen Risiko, am Coronavirus zu sterben, höhere Sterberisiken für die Armen erzeugen. Arme, die sich – wie heute schon in den USA – nicht mehr leisten können, zum Arzt zu gehen.

Was folgt daraus? Wir sollten zu einer realistischen Risikoeinschätzung kommen. Das geht am besten, indem die neuen, noch unbekanntesten Risiken mit den aus der Vergangenheit bekannten verglichen werden. Dabei muss insbesondere mit «normalen» Grippewellen verglichen werden. Die Medien sollten die beinahe stündlichen neuen Corona-Meldungen nicht ohne entsprechende Vergleiche mit den Todesfällen bei früheren Epidemien veröffentlichen. Sie sollten vergleichend auf unnötige Todesfälle durch den Strassenverkehr oder ungesunde Lebensweise hinweisen. Solche Zahlen entlasten Politiker, die derzeit unter Druck stehen, ihre Tatkraft beweisen zu müssen. Stattdessen sollte es ihre erste Pflicht sein, durch Vergleiche Angst zu reduzieren und Panik zu vermeiden.

In der Schweiz wurde diese Aufgabe bisher vergleichsweise gut gelöst. Schweizer Politikerinnen und Politiker sollten sich auf keinen Fall in eine Aufgeregtheitsspirale treiben lassen.

Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind ständige Gastprofessoren an der Universität Basel und Forschungsdirektoren des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema), Zürich.



NZZ GENUSSAKADEMIE

Die Welt des Syrah – kuren Sie Ihren Lieblingswein

Degustieren wie die Profis: Wir bieten Ihnen die einmalige Möglichkeit, 12 Spitzenweine der roten Rebsorte Syrah aus verschiedenen Anbaugebieten im stimmungsvollen Ambiente der von Falstaff ausgezeichneten Weinbar «Martel am Bellevue» blind zu verkosten und zu bewerten. Welches ist Ihr persönlicher Favorit? Wie unterscheiden sich die Weine stilistisch? Weinredaktor Peter Keller führt Sie gemeinsam mit Christine Schmidhauser, Martel-Weinberaterin, durch den Abend. Zum Schluss ermitteln wir die besten Weine aus Sicht der Leser und vergleichen, wie stark die Rangliste von der Bewertung der Profis abweicht.

30. März 2020, 19.00 Uhr
Martel am Bellevue, Zürich

Tickets und Informationen
nzz.ch/live
044 258 13 83

NZZ LIVE